

Berlin, 21. April 2006

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Leserinnen und Leser meines Rundbriefs,

einige von Euch/Ihnen werden es bereits mitbekommen haben: Das neue Jahr begann für mich erst einmal am 2. Januar mit der Geburt meiner Tochter Franka-Marie ([hier](#) ein Foto). Wir sind beide immer noch sehr glücklich!

Soweit das meine Tochter zulässt, steige ich jetzt langsam wieder in das politische Tagesgeschäft als außenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion ein. Mit diesem Rundbrief möchte ich Euch/Sie über aktuelle Themen und Aktivitäten der grünen Bundestagsfraktion unterrichten: Die Lage in Israel/Palästina, das iranische Atomprogramm und vor allem über die Lage in der Demokratischen Republik Kongo und den schleichenden Völkermord in Darfur.

Ich wünsche Euch/Ihnen beim Lesen viel Vergnügen und freue mich über Anregungen und Kritik.

Mit grünen Grüßen



1. Wahlen und Bundeswehreinsatz in der demokratischen Republik Kongo

Am 10. Mai wird der Bundestag über einen viermonatigen Bundeswehreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo abstimmen. Die UN hatte die EU Ende 2005 um eine zeitlich befristete Unterstützungsmission für die bestehende 17 000 Soldaten starke UN-Mission MONUC im Kongo gebeten. Grund: Am 18. Juni sollten erstmalig seit der Unabhängigkeit freie demokratische Wahlen in dem bürgerkriegszerstörten Land stattfinden.

den. Dieser Wahltermin wurde inzwischen wegen Verzögerungen bei der Kandidaten-Registrierung aufgegeben und könnte sich evtl. sogar bis September verschieben. Die Wahlen sind in vielerlei Hinsicht ein kritisches Moment für den Kongo. Ein erfolgreicher Verlauf und eine Akzeptanz des Ergebnisses durch die Wahlverlierer werden den demokratischen Prozess festigen. Kommt es jedoch zu Unregelmäßigkeiten oder zum gewaltsamen Infragestellen des Wahlergebnisses durch die Wahlverlierer und ihre Milizen, dann könnte das Land wieder in den Bürgerkrieg abstürzen.

Die EU-Staaten haben sich mittlerweile auf die Entsendung von 1500 Soldaten geeinigt. Frankreich und die BRD sollen davon jeweils ein Drittel stellen und weniger als 500 Soldaten werden dauerhaft direkt im Kongo bzw. der Hauptstadt Kinshasa stationiert. Trotz dieser beschränkten Größe zeigt dieser Schritt der kongolesischen Bevölkerung einerseits und den Parteien und ihren Milizen andererseits, dass es die internationale Gemeinschaft ernst meint mit der Befriedung des Landes. Schon 2003 hat die kleine und zeitlich befristete EU-Truppe Artemis in der kongolesischen Provinz Ituri in kurzer Zeit die Milizen erfolgreich unter Kontrolle gebracht. Die abschreckende Wirkung auch einer kleinen europäischen Truppe ist deswegen nicht zu unterschätzen.

Es geht dabei nicht um eine „Militarisierung“ der EU-Außenpolitik, wie die Zyniker aus der Linksfraktion behaupten. Es geht andererseits auch nicht um die Sicherung von Rohstoffquellen, wie das einige CDU-Politiker anführen. Von den Rohstoffen des Kongo – Zink, Diamanten, Gold - müssen in Zukunft die Kongolesen profitieren. Es geht zu aller erst um die Solidarität der Weltgemeinschaft mit einem bürgerkriegsgeschundenen Land und um eine perspektivische Stabilisierung gesamt Zentralafrikas. Die BRD darf sich dieser Solidarität nicht entziehen, so wie dass die FDP mit ihrer Ablehnung des Bundeswehreininsatz in unverantwortlicher Weise betreibt. Für die EU – und mit ihr die BRD - stehen im Kongo zwei wichtige Fragen auf dem Spiel: Die Glaubwürdigkeit ihres proklamierten Multilateralismus mit einer starken UN und die Glaubwürdigkeit ihrer gerade im Dezember verkündeten strategischen Partnerschaft mit Afrika ([link](#)).

Ich habe mit Stellungnahmen auf meiner homepage ([link](#)), in einem taz-Bericht ([link](#)) und einem Interview für die Saarbrücker Zeitung ([link](#)) nachdrücklich für eine EU-Mission mit angemessener deutscher Beteiligung im Kongo ausgesprochen. Die grüne Bundestagsfraktion hat auf ihrer homepage ein Themen-Spezial erstellt ([link](#)).

Wer sich intensiver oder regelmäßig über die Situation im Kongo informieren will, dem empfehle ich zusätzlich homepage und newsletter der UN-Mission MONUC unter www.monuc.org und die taz-Artikel von Dominic Johnson auf www.kongo-kinshasa.de.

2. Die Lage im Sudan

Verlängerung des UNMIS-Mandats für den Süd-Sudan

Im Januar 2005 beendete der Friedensvertrag von Nairobi den 22 Jahre dauernden Bürgerkrieg zwischen der sudanesischen Regierung und der südsudanesischen Rebellen-

organisation SPLM. Überwachung und Implementierung des Friedensvertrages garantiert die bis zu 10 000 Soldaten starke UN-Friedensmission UNMIS, an der die BRD mit nominell 75 (tatsächlich momentan 28) größtenteils unbewaffneten Militärbeobachtern beteiligt ist. Obwohl sich der Friedensprozess insgesamt positiv entwickelt hat, stellt der Wiederaufbau staatlicher Strukturen sowie die Entwaffnung und Eingliederung von bewaffneten Milizen immer noch eine große Herausforderung für die Stabilität im Südsudan dar.

Der UN-Sicherheitsrat hat deswegen am 24. März erneut eine Verlängerung des UNMIS-Mandats für weitere sechs Monate beschlossen. Der Bundestag stimmte am 7. April mit den Stimmen aller Fraktionen außer der Linksfraktion einer entsprechenden Verlängerung des bescheidenen deutschen UNMIS-Beitrags zu. Die Ablehnung der Linksfraktion ist einerseits unverständlich, da Lothar Bisky im Jahr zuvor UNMIS ausdrücklich als „völkerrechtlich abgesichert, politisch begründet und moralisch geboten“ bezeichnet hat. Andererseits ist die Begründung der Linksfraktion - zivile Friedenskräfte statt Soldaten - bezeichnend für ihre Ahnungslosigkeit, was die Sicherheitslage im Südsudan betrifft und offenbart ihre Ignoranz gegenüber den Erfahrungen vergangener UN-Missionen.

Die aufschlussreiche Bundestagsdebatte kann im Plenarprotokoll ([link](#)) nachgelesen werden. Detaillierte Informationen zur aktuellen Situation im (Süd-)Sudan gibt es unter www.unmis.org.

Schleichender Völkermord in Darfur

Trotz Fortschritten im Friedensprozess im Süden des Landes geht der schleichende Völkermord in der westsudanesischen Provinz Darfur unvermindert weiter und hat seit langem schon die Situation im Kosovo 1999 übertroffen. Als Staatsministerin hatte ich mich besonders dafür engagiert, Darfur zum Thema im Weltsicherheitsrat zu machen. Seit 2004 hat die Afrikanische Union (AU) eine 7000köpfige Truppe (AMIS) in die Krisenregion entsandt. Der Bundestag hat im Dezember 2004 eine logistische und finanzielle Unterstützung der AMIS beschlossen.

Allerdings konnte die AU-Mission bisher den Konflikt zwischen regierungstreuen Reitermilizen und den Rebellengruppen nicht unter Kontrolle bringen. Im Gegenteil, das grenzüberschreitende Agieren verschiedener Rebellengruppen droht auch das westliche Nachbarland Tschad in den Bürgerkrieg zu ziehen. Der UN-Sondergesandte für den Sudan, Jan Pronk, plädierte deswegen schon früh für eine Übernahme der AU-Mission im Darfur durch die UN und für eine personelle Aufstockung der Truppe auf 12 – 20 000 Soldaten ([link](#)).

Die AU hat auf ihrem Gipfeltreffen im März eine Verlängerung von AMIS bis September mit gleitender Übergabe an die UN beschlossen ([link](#)). Wie im Fall Kongo, werden bei einer UN-Mission in Darfur nicht nur, aber auch westliche Truppensteller benötigt. Auch hier wird letztlich die Solidarität Deutschlands mit der UN und mit den vom Völkermord bedrohten Menschen in Darfur gefordert sein. Es wäre fatal, wenn – wie bereits von ei-

nigen Politikern hinter vorgehaltener Hand geschehen – mit dem Verweiß auf ein Engagement im Kongo, eine Ausweitung der Hilfe in Darfur seitens der BRD abgewiesen würde.

Weitere Informationen:

UNMIS: www.unmis.org

Sudan Tribune: www.sudantribune.com

Dafur Hilfe e.V.: www.darfur-hilfe.org

3. Parlamentswahlen in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten

Die Parlamentswahlen in Israel (28. März) und den palästinensischen Autonomiegebieten (25. Januar) hinterlassen eine ambivalente Botschaft. Einerseits sind die freien und fairen Wahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten ein ermutigendes Zeichen für die Möglichkeit von Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Andererseits ist der Wahlsieg der islamistischen Hamas ein herber Rückschlag für erfolgsversprechende israelisch-palästinensischen Verhandlungen. In Israel gewinnt dementsprechend der Plan eines unilateralen Rückzugs aus weiten Teilen der Westbank immer breitere Unterstützung. Kadima, die Partei des amtierenden Ministerpräsident Ehud Olmert gewannen mit diesem Programm die Knessetwahlen und macht seine Akzeptanz zur Bedingung für Koalitionspartner in der zukünftigen Regierung.

Es wird in den folgenden Monaten darauf ankommen, inwieweit die Hamas zu einer Moderation ihrer Positionen gebracht werden kann – d.h. Aufgabe des bewaffneten Kampfes und Anerkennung des Staates Israel und der Abkommen, die bisher zwischen der palästinensischen Autonomieverwaltung und Israel geschlossen wurden. Die inzwischen eingestellten EU-Finanzhilfen für die palästinensische Autonomieregierung stellen dabei ein besonderes Druck- und Lockmittel dar, das diplomatisch geschickt eingesetzt werden muss. Erfolg kann diese Strategie aber nur bei entsprechender Durchsetzungsfähigkeit kompromissbereiter Kreise innerhalb der Hamas haben. Davon war leider nach dem Selbstmordanschlag des Islamic Djihad an Pessach bzw. am Ostermontag nicht viel zu sehen: Hamas rechtfertigte den Anschlag als Akt der palästinensischen „Selbstverteidigung“.

Nichtsdestotrotz müssen weiterhin von allen Beteiligten Möglichkeiten für eine Regelung und Befriedung des Konflikts gesucht werden.

Ausführlichere Analysen zu den Wahlen in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten haben die Leiter der Büros der Heinrich Böll-Stiftung in Tel Aviv (Jörn Böhme) ([link](#)) und Ramallah (Christian Sterzing) ([link](#)) verfasst.

Als außenpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion habe ich eine Presseerklärung zum Ausgang der israelischen Parlamentswahl und zum Fortgang des israelisch-palästinensischen Konflikts veröffentlicht ([link](#)).

4. Iranisches Atomprogramm

Die wohl größte außenpolitische Herausforderung, die uns in nächster Zeit bevorsteht ist zweifellos eine diplomatische Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm. In dieser Frage darf kein Zweifel bestehen: der Iran ist nicht Irak! Erstens haben es die Europäer bisher erfolgreich geschafft, die USA in einen multilateralen Verhandlungsansatz einzubinden und eine militärische Besetzung des Landes steht außer Frage. Zweitens besteht unter Experten kein Zweifel, dass Irans Atomprogramm militärischen Zwecken dient.

Die iranische Führung fährt seit Amtsantritt des neuen Präsidenten Ahmadinejad einen zunehmend aggressiven außenpolitischen Kurs. Dafür stehen die antisemitischen Drohungen gegen Israel und der Abbruch der Verhandlungen mit den EU-3 (BRD, Frankreich, Großbritannien) über das Atomprogramm. In Folge des einseitigen Verhandlungsabbruchs nahm der Iran im Januar die Urananreicherung demonstrativ wieder auf und wurde deswegen vom Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien mit breiter Mehrheit an den Weltsicherheitsrat überwiesen. Dort ist nun der Ort, an dem über eine Lösung der Krise und gegebenenfalls auch Sanktionen gegenüber dem Iran beraten wird. Die EU-3 und auch Russland haben deutlich gemacht, dass sie zu umfassenden weiteren Verhandlungen bereit sind, sofern Iran als vertrauensbildende Maßnahme die Urananreicherung wieder aussetzt.

Eine iranische Atombombe würde die Welt erheblich unsicherer machen: die Teheraner Führung würde sich in ihrem aggressiven außenpolitischen Kurs bestärkt sehen, ein regionaler Rüstungswettlauf wäre die Folge und der Atomwaffensperrvertrag damit endgültig ein Papiertiger. Aus Sicht grüner Friedenspolitik muss die iranische Atombombe unbedingt verhindert werden. Dabei wird nur internationale Geschlossenheit den Iran beeindrucken und letztendlich die USA von einem Militärschlag abhalten können.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat dazu einen Antrag im Bundestag eingebracht, der eine friedliche Lösung des Konflikts fordert und sich für die Förderung demokratischer Oppositionsgruppen des Irans ausspricht ([link](#)). Als Beitrag zur allgemeinen Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages fordern wir zudem in weiteren Anträgen den Abzug der taktischen US-Atomwaffen aus Europa und kritisieren das neue Atomabkommen zwischen Indien und den USA ([link](#)).

Im Dezember 2005 haben zudem alle Bundestagsfraktionen in einer gemeinsamen Erklärung die antisemitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinejad zur Vernichtung Israels scharf verurteilt ([link](#)).

Weitere Informationen zum Konflikt um das iranische Atomprogramm:
Berliner Institut für transatlantische Sicherheit ([link](#))
Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung ([link](#))